

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).
Amtsblatt

Verlagsort: Tagesblatt Riesa,
Jahrgang Nr. 20.

Postfachkonto: Leipzig 21008,
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 42.

Donnerstag, 20. Februar 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt vierjährlich 1.20 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 am dreizehnten Grundraster (7 Spalten) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; getraubener und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Beste Karte. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag vorläufig, durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Zukunft gedr., Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Überzahlungen unterhaltungsbelegte „Zähler an der Kasse“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Geroldstraße 55. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Jähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Schutzimpfung gegen den Schweinerotlauf.

Die unterzeichneten Behörden weisen auf die in Nr. 23 der Sächsischen Staatszeitung veröffentlichten Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 20. Januar 1917 hin, nach der für Rotlaufschuttimpfungen, welche die Schweinebesitzer in den Monaten März bis Juli jeden Jahres freiwillig durch Tierärzte ausführen lassen wollen, staatlicherseits der Impfstoff kostenlos zur Verfügung gestellt wird, sofern mindestens der vierte Teil der Schweinebesitzer einer Gemeinde bis Ende Februar jeden Jahres die Vornahme der Impfung beantragt. Die Kosten für die Impfung selbst sind nach Abschnitt D der vorerwähnten Verordnung von den Besitzern zu tragen.

Die Schweinebesitzer, die diese Schutzimpfungen vornehmen lassen wollen, haben ihre Anmeldungen — in den Städten Großenhain und Riesa bei den Stadträten, in den Landgemeinden bei den Ortsbehörden — bis Ende Februar dieses Jahres zu bewirken. Die Anmeldungen sind von den Ortsbehörden in ein Verzeichnis nach dem am Schluß der obenerwähnten Verordnung abgedruckten Muster einzutragen und, wenn die Beteiligung mindestens ein Viertel aller Schweinebesitzer des Ortes beträgt, ist das Verzeichnis in doppelter Ausfertigung dem Bezirksleiter des Ortes zu übersenden. Die Ortsbehörden haben die Anmeldungen ebenfalls bei der Ortsbehörde anzubringen. Der Zeitpunkt der Impfung wird den Schweinebesitzern vom Impftierarzt rechtzeitig bekannt gegeben werden.
Großenhain und Riesa, am 18. Februar 1919.
Die Amtshauptmannschaft und die Stadträte zu Großenhain und Riesa.

Die Herren Grundstücksbesitzer erlauben mir hiermit, ihre Hausgrundstücke abends vor 8 Uhr nicht schließen zu lassen und nach Eintritt der Dunkelheit für eine ausreichende Treppenbeleuchtung besorgt zu sein.
Gröbba, Elbe, am 19. Februar 1919.
Der Gemeindevorstand.

Pferdefleischverkauf

bei Herrn Albert Weßhorn in Gröbba, Sonnabend, den 22. Februar 1919, vormittags 9—12 Uhr auf rote Ausweisarten Nummer 1701—1710 und 1—150.
Gröbba (Elbe), am 19. Februar 1919.
Der Gemeindevorstand.

Anmeldung der schulpflichtigen Kinder in Gröbba.

K u a b e n: Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 2—4 Uhr.
W ä d e n: Freitag, den 28. Februar, nachmittags 2—4 Uhr.
Die Anmeldungen finden in der Expedition der Schule statt. Es können auch Kinder aus den benachbarten Dörfern angemeldet werden. Beizubringen ist für alle Kinder der Geburtschein, für nicht in Gröbba geborene außerdem Geburtsurkunde mit Taufbescheinigung oder Familienbuch.
Kinder, die nach dem 30. Juni 1919 das 6. Lebensjahr vollenden, können Oftern 1919 nicht aufgenommen werden.
Die Anmeldung hat nur durch erwachsene Familienangehörige zu geschehen.
Gröbba, den 18. Februar 1919.
Der Schuldirektor: Börner.

Nationalversammlung.

Präsident Heinenbach eröffnet die heutige Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst die 1. Lesung des Gesetzentwurfes wegen Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebsanstalten vom 1. Februar 1919. Danach soll die Abänderung der bez. Einrichtungen nicht bis spätestens zum 20. Februar erfolgen; vielmehr soll der Termin vom Ministerium des Innern festgesetzt werden. Reichsminister Erzberger bittet, dem Entwurfe zuzustimmen, da er eine Folge des letzten geschlossenen Waffenstillstandsabkommens sei. Der Minister verliest ein Schreiben des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes an Erzberger über die Frage der Sachverständigen bei den Waffenstillstandsverhandlungen und äußert ferner: Durch die Verlesung dieses Schreibens ist der Beweis erbracht, daß die Industrie es abgelehnt hatte, nach Abkehrung von Hugo Stinnes neue Sachverständige in die Waffenstillstandsmission zu entsenden. Daraus wird der Gesetzentwurf demotiviert in allen drei Lesungen unverändert angenommen. Sodann wird die allgemeine Aussprache fortgesetzt.

Präsident Heinenbach teilt mit, daß verlesen werden solle, die erste Lesung heute zu Ende zu bringen.
Arbeitsminister Böcker spricht über die Grundzüge, nach denen die Vergebung der zur Behebung der Wohnungsnot angeforderten Mittel erfolgen soll. Besondere Förderung solle den Siedlungsvereinigungen zuteil werden. Die Beihilfe werde nur gegeben, wenn die Gemeinde oder der Gemeindevorstand aus eigenen Mitteln einen Teil der Baukosten trage. Für Preußen sei dieser Satz ein Viertel. Der Staat übernehme ebenfalls ein Viertel, das Reich die andere Hälfte. Die Regierung wolle alles tun, um die Wiederbelebung der Bautätigkeit zu fördern.

Preussischer Kriegsminister Reinhardt: Von Rußland mit Menschen, Geld und Werkmitteln unterstützt, entkamen die Spartakisten gegen den Willen der übermächtigen Wehrmacht des arbeitenden deutschen Volkes nach der Novemberrevolution einen neuen Bürgerkrieg. Auf diesem Untergrund vollzog sich die Zügelung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Als Soldat kann ich die Tatsache nur auf diese Weise bedauern, daß die Begleitkommandos nicht vermochten, die Häftlinge unverletzt den Rüdern abzuliefern. Der kommandierende General von Lüttich teilte meine Aufassung. Darin erblicke ich die Gewähr, daß bei der Garbavollstreckung alles nötige zur Festhaltung des Falles und zur Bekämpfung der Spaltung geschieht. (Großer Beifall bei den Unabhängigen. Zwischenrufe: Unverschämtheit, Mörder usw.) Ordnungsruf des Präsidenten. Das Verfahren ruht nicht und geht weiter. Ich muß es deshalb entschieden ablehnen, mich über das Ergebnis des schwebenden Verfahrens auszulassen. Nebenbei liegen die Verhältnisse beim Vortrage im Tagelager fest. Die Reichsregierung weicht sich mit dem Volke ein, in dem alleseitigen Wunsch nach Gerechtigkeit. Diese muß aber auch für die Beschuligten gelten, die in der täglichen Spannung unter dem Druck des drohenden Wiederantritts der Spartakistentruppen leicht kleinere Reichsformfehler begangen haben. Ich werde den Tag legen, wo die Verwendung der Truppe als Polittruppe aufhören kann. In diesem Sinne kann ich mitteilen, daß die Regierung schon den Plan gefaßt hat, die Militärstrafrechtsordnung so umzuwandeln, daß rein bürgerliche Straftaten vor die bürgerlichen Gerichte kommen sollen. Das Zukunftsheer wird sehr beschaffen sein. Aber wir können es trotzdem nicht aufbauen, weil wir noch keinen Frieden haben. Die Soldatenräte und Vertrauensleute werden bei dem ganzen inneren Leben der Truppe ebenso eifrig mitwirken können, wie sie die Führung und Verwendung den Kommandos überlassen müssen, die seit auf die Republik zu verpflichten sind. Die neuen Abteilungen sind schmucklos. Sie sind aber dem heutigen bitteren Tagen der Not angemessen. Möchten wir bald aber diese Notzeiten hinaus in eine sonnigere Zukunft bilden können. Ich glaube, wir erreichen das am besten, wenn wir halt einsam rückwärts gemeinsam vorwärts bilden.

Abg. Frau Marie Juchacz (Soz.): Der Revolution verdanken wir unsere Säge im Parlament. Für Deutschland ist die Frauenfrage damit gelöst. Die neuen Rechte können und nicht wieder genommen werden. Wir werden aber niemals unser Fräulein verleugnen, weil nun auch wir in die politische Arena gestiegen sind. (Allseitiger Beifall.) Bei Beratung der neuen Verfassung werden wir dafür zu sorgen haben, daß nun auch in der Verfassung die Frau als gleichberechtigt mit herangezogen wird, vor allem für die Jugendpflege, die allgemeine Volksbildung und die Wohlfahrtspflege. Das betreffe Deutschland selber und der Weltgenossen.

die noch immer in Kriegsgefangenschaft schmachten müssen, brüderliche Grüße. Im Namen der Reichsregierung muß gefordert werden, daß sie bald ihren Familien und der Heimat zurückgegeben werden. Das fürstbarste, was sich die Entente noch in dieser Stunde zu Schulden kommen läßt, ist aber, daß sie das wehrlose deutsche Volk weiter dem Hungertode überläßt. Die Völker der ganzen Welt sollten zusammenwirken, um der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen. (Beifall.)

Abg. Mayer-Kaufmann (Zentr.): Wir begrüßen die Zusammenarbeit von Mann und Frau in diesem Hause. Das im Regierungsprogramm am Sozialisierungsplänen enthalten ist, wird vom Zentrum seit Jahrzehnten aus verlangt. Die deutsche Volkswirtschaft ist sehr krank. Finden wir den Anstoß an die neue Ernte nicht, so müssen Millionen Deutsche verhungern. Nur die sofortige Aushebung der Ost-Westfronte und die schnelle Durchführung des Friedens kann uns retten. Wird das letzte System unserer Abwertung nicht alsbald beendet, so ist die Katastrophe für das deutsche Volk unvermeidlich. Unsere Finanzlage wirkt wie ein Bleigewicht, das an den Gliedern unseres Wirtschaftskörpers hängt. Das die gewaltige Mehrbelastung unendlich durch Steuern ausgedrückt werden kann, liegt auf der Hand. Dabei wissen wir noch gar nicht, was wir an unsere Hände zu zahlen haben. Die Entschädigungen für die in den besetzten Gebieten verurteilten Schäden werden 10 Milliarden kaum übersteigen. Unsere finanzielle Lage wäre trotzdem, wenn die fast 100 Milliarden Kriegsschulden eine Schuld an das Ausland darstellten. Das daß nicht der Fall ist, ermöglicht es allein, an einen Wiederaufbau Deutschlands zu glauben. Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft wird der Wiederaufbau unserer Exportindustrie sein. Eine scharfe Kontrolle der Einfuhr wird sich nicht umgehen lassen. Die Grundpfeiler unserer Ernährung, Getreide, Kartoffeln und Fleisch werden noch auf Jahre hinaus planmäßig veranlagt, erzeugt und verteilt werden müssen. Das ganze deutsche Volk ist darin einig, daß die Behinderung der Arbeitswilligen durch Spartakisten keinen Tag länger geduldet werden darf. (Beifall.) Angehts dieser Uebergriffe ist eine weitere Stärkung der deutschen Wehrwehr unerlässlich. Ueber dem neuen Vaterlande müssen die Worte stehen: „Die Arbeit ist eine heilige Pflicht“.

Abg. Falk-Klein (Demokrat): Wir Rheinländer lieben unsere Heimat mit ganzem Herzen. Aber mit derselben Hingebung bekennen wir uns zu unserem deutschen Vaterlande. Wenn jetzt der Hebräer mit der Hand nach rheinischem Gebiet ausstreckt, so mag der Feind wissen, daß er das tut gegen den Willen auch des letzten Rheinländers. (Allseitiger Beifall.) Wenn von Absonderungsströmungen gesprochen wird, die heute geradezu flandrisch sind, so kann ich Ihnen versichern, daß die Rheinländer mit Gut und Blut an unserem Vaterlande hängen. Die Befreiung unserer zu Unrecht im Ausland zurückgehaltenen Gefangenen ist weit grausamer geworden, seitdem die Franzosen keine Repressalien zu befürchten haben. Ebenso groß ist der Uebermut der Völkern. Der Grenzschutz ist deshalb dringend notwendig. Die harten Waffenstillstandsbedingungen können nur ertragen werden, wenn wir sie als vorübergehende Maßnahme betrachten. Sollte aber derselbe Geist beim Friedensschluß sich geltend machen, dann werden wir uns dagegen hemmen und wehren. Was über die Wilsonschen Punkte hinaus geht, kann uns nur durch Zwang auferlegt werden. Das sollten die Gegner bedenken. Wer sich heute nicht auf den Boden der Republik stellt, der übernimmt die schwerste Verantwortung für die fürstbare Gefahr des Bürgerkrieges. (Allseitiger Beifall.) Der Geist der Versöhnung muß wieder einleben. Nur dann erdacht man der Welt in Frieden zu leben.

Reichsminister Erzberger: Die Regierung ergreift gern die Gelegenheit, um den linksrheinischen Brüdern herzliche und aufrichtige Grüße zu senden. Eine geistige Flutdeke kann der Feind niemals verhängen. Wir fühlen uns eins mit den Bewohnern des linksrheinischen Gebietes. Die Ueberforderung der Bestimmungen des Waffenstillstandes namentlich durch die Franzosen geht über alles erträgliche Maß hinaus. Der Eisenbahndirektionspräsident in Saarbrücken ist jetzt zu 8 Tagen Stubenarrest verurteilt worden, weil er nach der Meinung der Franzosen nicht entschieden genug auf die Eisenbahnarbeiter dahin eingewirkt haben soll, anzuhören des Achtundzweigtens den Achtundzweigtens einzuführen. (Lärm, Lachen.) Das deutsche Volk hat das unveränderliche Recht auf einen gerechten Frieden bereits in der Tasche. Jede Ueberforderung der Grenzen, die in dieser Note der Allierten vom 5. November gezogen ist, muß als Wortbruch bezelndet werden. (Zustimmung.) Insbesondere weisen wir einmütig von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken die französischen Annexionsabsichten auf das Georgbiet

zurück. (Beifall.) Den Kampf gegen den Bolschewismus im Osten betrachtet die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Auch ich muß sagen, daß ich enttäuscht und übertrübt war, als die Allierten der Bitte ihres kriegesreichen Marschalls nicht nachkamen und die Herausgabe unserer Kriegsgefangenen verweigerten. Die Regierung tut alles, um das Los der Kriegsgefangenen zu lindern, und wird insbesondere dank schulbig der Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, die unter Leitung des Abgeordneten Stücken arbeitet. (Beifall.) Vor aller Welt stelle ich fest, daß Deutschland einen Krieg nicht mehr führen wird und nicht mehr führen kann. Wenn gleichwohl einseitig unsere Kriegsgefangenen zurückgehalten werden, so ist das eine Barbarei, wie sie die Menschengeschichte nicht kennt. (Beifall.)

Abg. Gasse (Unabh.) bezieht in persönlicher Bemerkung durch Stellen von Beweisunterlagen, das Untersuchungsverfahren wegen der Tötung der vier Gefangenen im Tagelager fortgeschleppt zu haben. Die Behauptungen des Reichsministers seien eine schamlose Verdrehung des wahren Sachverhalts. (Große Unruhe.)

Präsident Heinenbach erteilt nachträglich dem Abgeordneten Gasse wegen des Ausdrucks „schamlose Verdrehung“ einen Ordnungsruf.
Abg. Böcker (Dtsch. Vp.) will in persönlicher Bemerkung auf die Rede des Reichsministers Erzberger bezüglich der Vernehmung von Sachverständigen zurückkommen, wird aber darauf verwiesen, daß dieser Gegenstand bereits erledigt ist. Nächste Sitzung: Donnerstag, 2 Uhr.

Zur Lage.

Ausdeutung englischer Arbeiter für den Frieden. Dem Neiderischen Bureau zufolge hat die Konferenz der Vertreter von acht verschiedenen Arbeitervereinigungen Englands, die den Namen „Kameraden des großen Krieges“ führen, einen dringenden Aufruf zu Gunsten des Friedens in der Industrie veröffentlicht.

Der Ausbruch der Versicherungsangelegenheiten in Berlin ist beendet, nachdem der Schiedspruch aus vorseitigen der Arbeitgeber angenommen worden ist. — Die die D. J. am Mittwoch meldet, hat der Schlichtungsausschuß des Demobilisationsamtes gestern morgen 7 Uhr nach einer ununterbrochenen zwölfstündigen Sitzung einen einstimmigen Spruch verfaßt, der den Angehörigen der Warenhäuser eine Gehaltserhöhung zusichert. Dem Schiedspruch müssen sich beide Parteien unterwerfen. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, ihren Auftraggebern zu empfehlen, gestern nachmittags 3 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeitgeber sind zur sofortigen Wiedereröffnung der Geschäfte bereit.

Generalkreis in Gotha. Wegen der Befehung der Stadt Gotha durch Regierungstruppen ist gestern mittags 12 Uhr der Generalkreis ausgeschrieben. Alle Betriebe stehen still. Die Zeitungen sind schon vorgestern nicht erschienen.

Die Unruhen im Ruhrrevier. Das Generalkommando gibt bekannt: In Ederfeld hatten am 18. Februar Angriffe der Spartakisten auf die Eisenbahnstation und den Bahnhof zu erfolgen geführt. Der Abschnittskommandeur 2 hat eine Kompanie mit Maschinengewehren vom Jäger-Regiment 39 zu Hilfe geschickt, die auch den Bahnhof und die Eisenbahnstation wieder nahm und zur Zeit noch besetzt halten. Marschall Hoch hat genehmigt, daß Regierungstruppen im Abschnitt 2 zur Unterdrückung der ausgebrochenen Unruhen verwendet werden.

Die Leiche Rosa Luxemburgs nicht gefunden. Die „Post. Ztg.“ meldet: Ein Leichensund an der Möderbrücke hatte gestern das Geruch von der Auffindung der Leiche der Frau Dr. Rosa Luxemburg zur Folge. Der Schiffer eines dort vor Anker liegenden Rahnes bemerkte eine Leiche, die vom Halleischen Tor her schwamm. Es gelang ihm, sie zu bergen. Man glaubte, die Leiche der Frau Luxemburg gefunden zu haben. Bei näherer Besichtigung stellte sich die Annahme aber als irrig heraus. Es handelt sich um die Leiche einer etwa 25 Jahre alten Person.

Kapitän Banjelow verbleibt in der Waffenstillstandskommission. Die widersprechenden Meldungen über das Ausscheiden des Kapitän Banjelows aus der Waffenstillstandskommission sind dadurch entfallen, daß Banjelow zweierlei Funktionen ausübt. Er ist erstens stellvertretender Vorsitzender der Waffenstillstandskommission, als solcher verbleibt er in seiner Stellung, zweitens ist er aber Sachverständiger in Marinefragen. Als solcher wird er durch den Korvettenkapitän Günemann ersetzt.

Sitzung der brennischweiligen Landesversammlung durch Wehrlose. Während der heutigen Beratung der Landesversammlung über die Arbeitslosenfrage versammelte sich